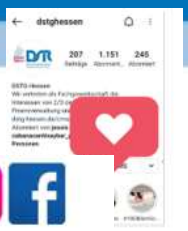
[5/2025]
Gelnhausen, 20.05.2025

Landesverband Hessen
DSTG Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

HESSISCHER FINANZER



DSTG Hessen jetzt auf

Besuchen Sie uns auch auf Facebook und Instagram

Weißer Rauch in Rom, ein Stolperer bei der Kanzler-Wahl, und die Rentenfrage kocht erneut hoch – Ein politischer und gesellschaftlicher Frühling voller Spannung

Nach dem Tod von Papst Franziskus Ende April 2025, dessen Pontifikat über ein Jahrzehnt geprägt war von Demut, Dialogbereitschaft und einem neuen sozialen Bewusstsein, richtete sich der Blick der Weltöffentlichkeit auf das Konklave in der Sixtinischen Kapelle. Dort versammelten sich 133 wahlberechtigte Kardinäle, um das nächste Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche zu bestimmen – eine Entscheidung von historischer Tragweite für 1,4 Milliarden Gläubige weltweit.

Ein neuer Papst – Zeichen des Friedens und der Bescheidenheit

Bereits nach wenigen Wahlgängen fiel die Entscheidung auf Papst Leo XIV., der am 8. Mai 2025 erstmals vom zentralen Balkon des Petersdoms in Rom erschien. Seine ersten Worte waren geprägt von Bescheidenheit. In einem ruhigen Ton nannte er sich „einen Arbeiter im Weinberg des Herrn“ – eine Reminiszenz an Papst Benedikt XVI., aber auch ein klares Signal: Dieser Papst möchte dienen, nicht herrschen.

Auf einen Blick:

- Ein politischer und gesellschaftlicher Frühling voller Spannung
- Impressionen von LaHaVo und LaVo am 14.05.2025
- 112. Sitzung der DSTG-Tarifkommission in Berlin
- Fortsetzung DSTG-Dialog-Tour
- Was wäre wenn…
- Bericht a.d. Bewertungsbezirken: Ein Leben nach der Grundsteuerreform
- Romreisen
- Wochenendaufenthalt in Assmannshausen/Rheingau
- Kurz und Knapp
- Mitglied werden – und zwar jetzt

Herausgeber:

DSTG
Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hessen

Triangulum 1
Hailerer Straße 16
63571 Gelnhausen
Telefon: 06051-5389500
Telefax: 06051-5389509

landesverband@dstghessen.de
www.dstg-hessen.de

Verantwortlich
Michael Volz, Vorsitzender

Nachdruck mit Quellenangabe, auch auszugsweise, gestattet.

Gleich neunmal erwähnte Leo XIV. das Wort **„Frieden“** in seiner kurzen, aber kraftvollen Ansprache – in einer Welt voller Unruhe, Kriege und sozialer Spannungen ist das mehr als nur eine rhetorische Floskel. Es ist ein Aufruf. Seine milde Ausstrahlung, gepaart mit einer Botschaft der Versöhnung und Menschlichkeit, löste bei Millionen Menschen weltweit Gänsehaut aus – ganz gleich ob gläubig oder nicht.

Die Erwartungen an ihn sind gewaltig. Er steht vor der Mammutaufgabe, die Kirche glaubwürdig in eine neue Ära zu führen – eine Ära, in der Spiritualität, Gerechtigkeit und gesellschaftliches Engagement Hand in Hand gehen sollen.

Politisches Ringen in Berlin – Kanzlerwahlgang 1 - Bauchlandung

Während in Rom der weiße Rauch aufstieg, war der politische Himmel über Berlin grau und turbulent. So scheiterte im Bundestag der erste Wahlgang von **Friedrich Merz** zum Bundeskanzler – ein Vorgang, der im demokratischen System zwar möglich, aber dennoch bislang nicht vorkam. 18 Stimmen fehlten dem Kandidaten der Regierungskoalition zur notwendigen Mehrheit – eine Ohrfeige und ein Warnsignal zugleich. Wer genau sich enthalten oder gar dagegen gestimmt hat, bleibt unklar. Die Spekulationen überschlagen sich: War es ein internes Machtspiel? Ausdruck von Unzufriedenheit? Oder gar strategisches Kalkül?

Nur mithilfe der Stimmen von Grünen und Linken konnte ein zweiter Wahlgang am gleichen Tag erreicht werden. In diesem weiteren Wahlgang erreichte Friedrich Merz die erforderliche Mehrheit und konnte schließlich ins Kanzleramt einziehen. Ein Sieg, ja – aber einer mit bitterem Beigeschmack. Denn das Vertrauen innerhalb der Koalition scheint bereits zu Beginn fragil zu sein. Die Frage steht im Raum: Ist diese Regierung tragfähig? Oder droht ein instabiles politisches Klima, das wichtige Vorhaben ins Stocken bringt?

In bewegten Zeiten wie diesen, in denen wirtschaftliche Unsicherheiten, internationale Krisen und gesellschaftlicher Wandel nahezu gleichzeitig aufeinandertreffen, richtet sich der Blick vieler Bürgerinnen und Bürger verstärkt auf die Bundespolitik – und mit ihm auch hohe Erwartungen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland dürfte sich nach einer verlässlichen, konstruktiven und seriösen Politik sehnen**.** Es ist kein Wunsch nach Utopien, sondern nach einem Mindestmaß an politischer Klarheit, Haltung und Stabilität **–** und damit nach Grundwerten, die für eine funktionierende Demokratie unerlässlich sind.

Die Bürger wollen wissen, wofür eine Regierung steht**,** welche Ziele sie verfolgt**,** und welche konkreten Maßnahmen sie ergreift, um diese zu erreichen. Gerade in Zeiten multipler Herausforderungen – von Inflation über Energiewende bis hin zur Renten- und Bildungspolitik – ist ein klarer politischer Kurs wichtiger denn je. Unklare Aussagen, politische Winkelzüge und gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Koalitionspartnern erzeugen Verunsicherung und schüren Politikverdrossenheit. Stattdessen wünschen sich die Menschen eine klare gemeinsame Sprache, eine nachvollziehbare Strategie und klare Verantwortlichkeiten – auf Bundesebene ebenso wie in der Umsetzung auf Land, Kreis und Kommune.

Die Sehnsucht nach einer Politik mit Haltung ist groß. Gemeint ist damit nicht ideologische Starrheit, sondern Standhaftigkeit in Grundfragen: Wie gehen wir mit sozialer Ungleichheit um? Wie schützen wir die Demokratie? Wie gestalten wir die Integration, ohne populistische Narrative zu bedienen? Gerade bei Themen wie Migration, innere Sicherheit, der Energiewende oder der Außenpolitik braucht es eine ethisch begründete Orientierung – eine Politik, die nicht in erster Linie auf Umfragen, taktisches Schweigen oder mediale Reizpunkte setzt, sondern Verantwortung übernimmt.

Haltung bedeutet dabei auch, unangenehme Wahrheiten anzusprechen, Zukunftsentscheidungen zu begründen und der Versuchung des billigen Applauses zu widerstehen. Nicht zuletzt ist Stabilität ein zentrales Bedürfnis vieler Bürger. Sie erwarten eine Regierung, die sich nicht in internen Machtspielen verliert, sondern ihre Kraft auf das Lösen der drängenden Probleme konzentriert. Öffentlicher Streit innerhalb der Koalition, ständige Kurswechsel oder parteipolitische Scharmützel auf offener Bühne beschädigen das Bild von verantwortungsvoller Führung – und sie senden das falsche Signal in unsicheren Zeiten.

Die Menschen haben ein gutes Gespür dafür, ob politische Prozesse ernsthaft geführt werden oder lediglich als mediales Schauspiel inszeniert sind. Eine Koalition, die intern zerrissen wirkt, kann nach außen hin keine Stabilität vermitteln – auch wenn sie rein rechnerisch über eine Mehrheit verfügt. Stabilität heißt nicht Stillstand, aber sie setzt Verlässlichkeit, Kompromissfähigkeit und Respekt vor gemeinsamen Zielen voraus.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist ein kostbares Gut – und es ist in den letzten Jahren an vielen Stellen brüchiger geworden. Corona-Politik, Energiekrise, Debatten um Klimaschutz, Rente oder Migration – all das hat die Gesellschaft nicht nur gefordert, sondern mutmaßlich auch polarisiert.

Umso mehr braucht es jetzt eine Politik, die verbindet statt spaltet, die erklärt statt nur reagiert, und die führt, statt sich treiben zu lassen.

Politik darf streiten – aber sie muss es auf Augenhöhe und mit Substanz tun, nicht permanent in Talkshows oder auf Social-Media-Bühnen. Bürgerinnen und Bürger erwarten keine perfekte Politik. Die gibt es auch nicht. Aber eine Politik, die zuhört, erklärt, handelt „aus einem Mund und nicht aus vielen“, zumindest was die Regierungskoalition, anlangt – und die den Menschen das Gefühl gibt: Ihr seid nicht Zuschauer, ihr seid Teil dieses Landes, ihr seid das Land.

Die Menschen in Deutschland fordern von der Bundespolitik nicht das Unmögliche – sondern das Notwendige: Klare Linien, Haltung in Grundsatzfragen und Stabilität im politischen Handeln. Eine Regierung, die diese Erwartungen ernst nimmt, kann nicht nur Vertrauen zurückgewinnen – sie kann unser Land durch stürmische Zeiten führen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Genau das ist jetzt gefragt.

Ein Vorstoß mit Sprengkraft – Die Renteninitiative

Mitten in dieser aufgewühlten politischen Lage sorgte Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) mit einem brisanten Vorschlag für Wirbel: **Beamte, Abgeordnete und Selbstständige** sollen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – ein Schritt in Richtung eines einheitlichen Rentensystems.

Was als gerechter Beitrag zur Stabilisierung des Rentensystems gemeint war, stieß jedoch auf massiven Widerstand. Nicht nur vonseiten der Opposition und namhaften CDU-Spitzenpolitikern, sondern auch aus den Reihen des Beamtenbundes. **Volker Geyer**, stellvertretender Vorsitzender des dbb, kritisierte den Vorschlag scharf: Die Unterschiede zwischen Rente und Pension seien gravierend – sowohl strukturell als auch verfassungsrechtlich.

Auch die DSTG Hessen meldet sich zu Wort. Ihr Urteil ist eindeutig: **„Vielleicht noch gut gemeint, aber nie und nimmer zu Ende gedacht."** Die Einführung der Rentenpflicht für Beamte würde nicht nur ein funktionierendes System gefährden, sondern auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes empfindlich schwächen.

Ein Eingriff mit weitreichenden Folgen

Der öffentliche Dienst basiert auf dem Prinzip der lebenslangen Alimentation – eine rechtlich und historisch gewachsene Grundlage, die durch die geplante Einbeziehung in die Rentenversicherung erheblich erschüttert würde. Beamte, die häufig hochqualifiziert sind und verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen, müssten bei gleichzeitigem Wegfall ihrer Versorgung mit deutlichen Einkommenseinbußen rechnen. Genau das ist gegenläufig zu den eben ausgeführten politischen Haltungsfragen. Auch wir können für unsere Mitglieder feststellen: Wer sich solchen Überlegungen hingibt, muss sich auch der Konsequenzen bewusst sein. Wenn man also den öffentlichen Dienst attraktiv halten will bzw. machen möchte, und Beamte weiterhin gewinnen und binden möchte, muss sich klar zum Berufsbeamtentum bekennen, zu dem auch das Alimentationsprinzip in der Aktiv- wie auch Passivzeit gehört. Wer daran rüttelt und eine gravierende Veränderung für künftige Beamtengenerationen einführen möchte, muss arbeitgeberseits die Bruttobezüge um den Versorgungsanteil erhöhen. Nettoeinbußen für künftige Beamte finden keinerlei Akzeptanz, wären systemwidrig und attraktivitätstötend.

Wir fragen: „Sollen denn alle Finanzbeschäftigte sich der Konkurrenz zuwenden?"

Zudem käme es nicht nur zur Pflicht in die Rentenversicherung einzuzahlen, sondern es werden auch Rentenzahlungen entstehen, hätten doch dann verbeamtete Rentner auch Ansprüche aus der Rentenversicherung. Eine zusätzliche Belastung für ein ohnehin unterfinanziertes System, das aktuell vor allem durch Umlagen aus dem Bundeshaushalt gestützt wird.

Die DSTG Hessen ist der festen Überzeugung, dass das kein tauglicher Vorschlag ist. Er löst kein einziges Problem bei der Ausfinanzierung der Rentenversicherung. Nein, er schafft sogar mehr Schwierigkeiten, da die Dienstherrn die entsprechenden Rückstellungen für Pensionen nicht in kompletter Höhe in ihren zurückliegenden Haushalten ausreichend (wenn überhaupt) gebildet haben. Die Pensionen werden faktisch zumeist aus den laufenden Haushalten getragen.

Bisherige Beamte genießen zudem einen Rechts- und Besitzstand, den man nicht so mir-nichts-dir-nichts aushebeln kann. Auch der Vergleich der Pensionshöhe von Beamten mit der durchschnittlichen Rentenhöhe von Angestellten hinkt, da Beamte häufig Hochschulabschlüsse haben und mit hochqualifizierten und hoheitlichen Tätigkeiten betraut sind.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums würden aufgeweicht, ob damit dann auch das Streikverbot für die Beamtenschaft endet, wollen wir in diesem Finanzer nicht bewerten. Eine politisch motivierte Rosinenpickerei auf dem Rücken von uns Finanzern wird es mit der DSTG Hessen jedenfalls nicht geben!

Zudem muss sich Politik die Frage gefallen lassen, ob es tatsächlich Sinn macht, ein funktionierendes System zulasten eines unterfinanzierten zu opfern. Es gibt schon die klare Meinung, dass Politik das Rentenniveau der Höhe nach anheben muss, damit Rentenbezieher nicht am Existenzminium kratzen, oder in Altersarmut geraten. Die DSTG Hessen bringt es auf den Punkt: Nicht jede Idee eignet sich als Heilmittel für strukturelle Probleme. Statt ein bewährtes System zu opfern, müsse vielmehr der Mut vorhanden sein, das Rentenniveau fair anzuheben und alternative Finanzierungsmöglichkeiten – etwa eine mehr steuerfinanzierte Rente – ernsthaft zu prüfen.
Neben einem seriösen „Haushalten“ sowie dem Check der Systematiken und der Administrationen im Rentenbereich kann, wie auch der Dachverband vorschlug, eine Steuerfinanzierung der Rentenansprüche nicht (mehr) kategorisch ausgeschlossen bleiben.

Die DSTG Hessen ist auch in dieser Frage maximal solidarisch mit seinem Dachverband, dem Deutschen Beamtenbund!

Das Vertrauen der Menschen in politische Stabilität, soziale Gerechtigkeit und institutionelle Verlässlichkeit steht auf dem Spiel – ob in der Kirche, in der Regierung oder im Sozialsystem. Der Mai 2025 hat uns vor Augen geführt, wie eng Gesellschaft und Politik verwoben sind – und wie sehr wir tragfähige, durchdachte und gerechte Lösungen brauchen – keinesfalls Effekthascherei auf dem Rücken anderer. Ein neuer Papst, ein Ruckeln bei der Kanzlerwahl und ein Streit um die Rente – all das zeigt: Wandel ist unausweichlich. Doch er braucht Demut, Dialog und Durchblick. Denn große Entscheidungen lassen sich nicht mit einfachen Antworten lösen.

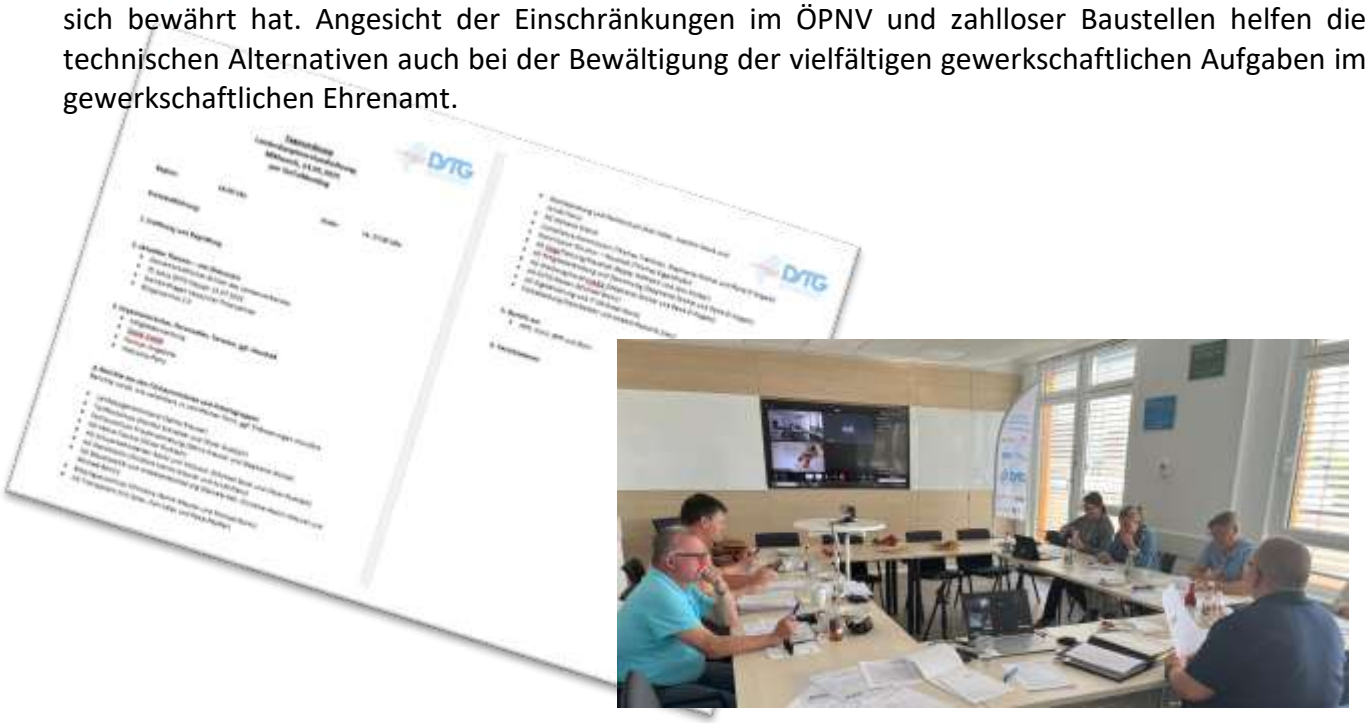
Impressionen von Landeshauptvorstand und Landesvorstand, 14. Mai 2025

Turnus- und satzungsgemäß traf sich der Landeshauptvorstand als höchstes Gremium der DSTG Hessen im zweiten Quartal zu seiner Sitzung virtuell.

Die nächsten beiden Hauptvorstände werden in Präsenz stattfinden, so viel sei vorangestellt.
Der Lagebericht des Landesvorstandes und auch zahlreiche aktuelle Themen galt es mit den Delegierten aus allen Ortsverbänden zu verhandeln und die gewerkschaftliche Arbeit der nächsten Monate festzulegen.

Bereits am 15. Juli 2025 steht der nächste Hauptvorstand an, der mit einer gewerkschaftspolitischen, ja inhaltsreichen, Veranstaltung morgens anlässlich des 75. Jubiläums startet. Neben allen Delegierten aus den Ortsverbänden, ggf. Gastdelegierten werden Grußworte hochrangiger Landespolitiker ebenso erwartet, wie ein exklusiver Gastvortrag. An diesem Tag stehen neben den gewerkschaftlichen Inhalten, den hierzu erforderlichen Debatten auch noch Ehrungen und Verabschiedungen verdienter Hauptvorstandsmitglieder an.

Am Morgen des 14.05. tagte bereits der Landesvorstand der DSTG Hessen im hybriden Format, was sich bewährt hat. Angesicht der Einschränkungen im ÖPNV und zahlloser Baustellen helfen die technischen Alternativen auch bei der Bewältigung der vielfältigen gewerkschaftlichen Aufgaben im gewerkschaftlichen Ehrenamt.



112. Sitzung der DSTG-Tarifkommission in Berlin

Am 14. und 15. April 2025 traf sich die Tarifkommission der DSTG zur 112. Sitzung, um tarifliche Debatten zu führen und sich ein- und abzustimmen

Die DSTG Hessen wurde von **Petra Große-Holtforth** (Mitglied des Fachausschuss Tarif der DSTG Hessen) vertreten. Die Leitung des Seminars, das in der Bundeshauptstadt standfand, oblag Jens Vernia (Rheinland-Pfalz).

Als Gäste wurden Ulrich Hohndorf (dbb Tarifkoordinator) und Florian Köbler begrüßt, die auch informierten. Ulrich Hohndorf und Jens Vernia berichteten von den Tarifverhandlungen Bund und Kommunen und hielten einen Ausblick auf die kommenden Verhandlungen der Länder Anfang 2026, die Tarifverhandlungen für Hessen folgen im Anschluss im 1. Quartal 2026, zudem wurden die Termine für die Regionalkonferenzen und die Tarifrunde bekannt gegeben. Florian Köbler berichtete über den Koalitionsvertrag.

Im Laufe der Sitzung debattierten die Länderdelegierten über ihr jeweiliges Tarifgeschehen, betrieben Forderungsfindung innerhalb der DSTG, da es natürlich in den Ländern konkrete Vorstellungen zur Entwicklung der Mitglieder im Tarifbereich gibt. Zudem besteht die Erwartung, dass in kommenden Tarifrunden die Entgeltordnung tatsächlich fortentwickelt wird.

Petra Große-Holforth konnte berichten, dass es in Hessen gewisse Tendenzen gibt, die Thematik zu behandeln. Die DSTG Hessen hat mit seinem Tarifausschuss, der den Beschlussgremien satzungsgemäß zuarbeitet, eine Synopse (Alt zu Neu) erarbeitet und auf ihren Wegen eingebracht – gut so! Nun müssen den guten Argumenten nur noch die Taten seitens der politisch Verantwortlichen folgen. Vielleicht gibt es zur nächsten Sitzung der DSTG-Bundestarifkommission, Ende September 2025 bereits ersten belastbare hessische Ergebnisse – schauen wir Mal.

Fortsetzung der DSTG Dialog-Tour

Am 26. April 2025 fand der Landesparteitag der Freien Demokraten Hessen in Hofheim statt. Diese Veranstaltung bot gute Gelegenheit für Gespräche im Sinne der Finanzer

Landesvorsitzender **Michael Volz** nutzte aufgrund Einladung die Chance und führte am Landesparteitag der Freien Demokraten zahlreiche Gespräche.

U.a. mit **Bettina Stark-Watzinger** (Bundesministerin a.D.), **Moritz Promny** (stellv. Fraktionsvorsitzender, MdL) und dem ehemaligen Kollegen **Dr. Stefan Naas** (Vorsitzender der Landtagsfraktion, MdL).

Netzwerken - Immer im Sinne der Menschen, der Sache und der Finanzer.

Was wäre, wenn wir einfach Mal unsere Arbeit machen könnten oder dürften!?

Auch in dieser HF-Ausgabe können wir wieder einen Bericht aus dem Arbeitsleben (anonym gehalten – aus gutem Grund) veröffentlichen.

Ein Leben nach der Grundsteuerreform – Ein Bericht aus den Bewertungsbezirken der hessischen Finanzverwaltung

Mit Erreichen einer Erledigungsquote von 95 % aller zum 01.01.2022 eingereichten Erklärungen wurde die Grundsteuerreform in Hessen pressewirksam als abgeschlossen erklärt. Spätestens mit Ablauf des 30.06.2024 hätte sie ohnehin als abgeschlossen gegolten, da zu diesem Zeitpunkt die Verträge der befristet eingestellten Kolleginnen und Kollegen ausgelaufen wären. Doch bevor wir auf den Abschluss der Reform und den aktuellen Stand in den Bewertungsstellen eingehen, werfen wir einen Blick auf den Beginn.

Die Anfänge der Grundsteuerreform

Mit Beschluss vom 21.12.2021 wurde das hessische Grundsteuergesetz (HGrStG) verabschiedet. Darin wurden die gesetzlichen Grundlagen für das hessische Flächen-Faktor-Verfahren zur Bewertung von Grundvermögen festgelegt, um von der Länderöffnungsklausel Gebrauch zu machen und sich vom Bundesmodell abzugrenzen. Lediglich bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft bleibt es beim Bundesmodell.

Das hessische Flächen-Faktor-Modell wird für seine Einfachheit gelobt. In Schulungen wird es mit „Einfach, gerecht und fair“ beworben – ein Anspruch, über den man im Nachhinein sicherlich streiten kann. In diesem Artikel soll es jedoch nicht um die Vergleichbarkeit von wirtschaftlichen Einheiten in Ballungsräumen gegenüber ländlichen Gebieten gehen – darüber wurde bereits ausgiebig diskutiert.

Ab dem 01.07.2022 war die Abgabe der Erklärungen möglich, die Bearbeitung begann ab Februar 2023. Der Start war jedoch holprig: Das Programm war wenig benutzerfreundlich und fehleranfällig, die Bearbeitung einzelner Falltypen wurde erst schrittweise freigegeben. Neben der Bewertung hatte auch der BMS (Bürgermeisterservice) große Mühe, die Flut an Telefonaten zu bewältigen. Viele Bürgerinnen und Bürger hatten Fragen – zur Definition von Wohn- und Nutzfläche, zur Abgabepflicht trotz Verkaufs der Immobilie im Jahr 2022 oder zu Flächen, die ihnen plötzlich zugerechnet wurden.
Es gab also viel zu tun – zum Glück auch genügend Kolleginnen und Kollegen, die sich engagierten. Jedes Amt kämpfte sich durch: Unplausible Angaben wurden korrigiert, Rücksprachen mit Steuerpflichtigen geführt. Anfangs wurde versucht, Qualität und Quantität bei der Erstellung der Bescheide in Einklang zu bringen. Spätestens mit der sogenannten „Novemberchallenge“ wurde jedoch die Qualität zurückgefahren. Es wurde nicht mehr richtig geprüft – wenn es passte, wurde der Fall abgeschlossen. Die Statistik war nun das einzige Ziel.

Parallel zur Bescheiderstellung begannen die Einsprüche. Diese ließen sich in verschiedene Gruppen einteilen: Bedenken zur Verfassungsmäßigkeit, Kritik an zu hohen Bodenrichtwerten, Änderungsanträge sowie unbegründete oder unzureichend begründete Einsprüche. Die Bearbeitung dieser Rechtsbehelfe wurde zunächst zurückgestellt – ein Problem, das sich später rächen wird.

So wurde in jedem hessischen Bewertungsamt irgendwann die 95 %-Marke erreicht, und die Grundsteuerreform offiziell für abgeschlossen erklärt. Wer früh genug diese Quote erreichte, durfte sich sogar über einen Kuchen freuen!

Abschluss der Grundsteuerreform

Mittlerweile wurden sogar 100 % der Erstbescheide zum 01.01.2022 erlassen. Doch die Arbeit in den Bewertungsstellen nimmt nicht ab.

Zunächst wurden nach dem formellen Abschluss der Reform die Stellen in den Bewertungsbezirken reduziert. Zum einen liefen – wie bereits erwähnt – die befristeten Verträge aus. Dadurch schrumpften die Bewertungsstellen drastisch. Zum anderen wurden auch unbefristete Kolleginnen und Kollegen in andere Abteilungen versetzt – der Personalbedarf ist überall hoch, sei es im G-, AN- oder P-Bezirk.

Die Arbeitsbelastung in den Bewertungsstellen bleibt jedoch enorm: Folgebescheide müssen wegen notarieller Verträge erlassen werden, eingelegte Rechtsbehelfe warten auf Bearbeitung. Die Steuerpflichtigen erwarten Antworten. Zur Unterstützung wurde ein KI-Tool eingeführt, das passende Textbausteine auswählt und auf Knopfdruck Einspruchsentscheidungen zu verfassungsrechtlichen Bedenken generiert. Eine gewisse Erleichterung – aber letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aktueller Stand in den Bewertungsstellen nach der Grundsteuerreform

Derzeit bemühen sich die Bewertungsstellen, zügig Folgebescheide zu erlassen und Rechtsbehelfe zu bearbeiten. Nach teils über zwei Jahren ohne Rückmeldung werden viele Steuerpflichtige ungeduldig und fragen nach dem Bearbeitungsstand. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter versuchen, alle Fälle zu bearbeiten – doch bei der Menge an offenen Vorgängen ist kein Ende in Sicht. Es fehlt an Personal.

Hinzu kommen verspätete Einsprüche, etwa von Personen, die erst nach Erhalt des Grundbesitzabgabenbescheids bemerkten, dass Fehler im Grundsteuerbescheid vorliegen. Andere bitten um Erläuterung zur Berechnung des Grundsteuermessbetrags. Rückrufbitten und Anfragen zu persönlichen Gesprächen häufen sich. Bei einigen Kolleginnen und Kollegen fragt man sich inzwischen besorgt, ob ein Burnout droht.

Doch offiziell läuft alles „super“ – und angeblich sind die Bewertungsstellen sogar überbesetzt. Anfang April wurde bekannt gegeben, dass die Stellen weiter gekürzt werden sollen: von aktuell 320 auf 200. Für viele Kolleginnen und Kollegen ein Schock. Auch im Landeshauptvorstand wurde darüber diskutiert – doch die Entscheidung ist verwaltungspolitisch gefallen.

Nun heißt es: weitermachen. Die Bewertungsstellen versuchen, so viel Arbeitsvorrat wie möglich abzubauen, um die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen nicht zu überlasten.

Fazit

Die Kolleginnen und Kollegen in den Bewertungsstellen geben weiterhin ihr Bestes für den Dienstherrn. Doch das Gefühl bleibt, dass dieser in letzter Zeit nicht mehr das Beste für seine Bediensteten gibt. Und mit dem „erfolgreichen“ Abschluss der Grundsteuerreform verschwinden die Bewertungsstellen wieder in der Bedeutungslosigkeit.

Romreisen des DSTG-Landesverbandes Hessen

vom 27. bis 30. März und 4. bis 7. April 2025

In diesem Jahr starteten wir unser Reiseprogramm mit zwei viertägigen **Flugreisen nach Rom**. Schon in aller Frühe trafen sich jeweils 48 Reiseteilnehmer am Frankfurter Flughafen, um gegen 7:00 Uhr mit Maschinen der Lufthansa Richtung Rom abzuheben, wo sie nach einem knapp zweistündigen Flug am Flughafen Rom-Fiumicino von ihren **Reisebegleitern Anne Eilberg-Schilling bzw. Michael Bonin** in Empfang genommen und mit dem Transferbus zu ihrem Hotel Casa San Juan de Avila im Stadtteil Aurelia begleitet wurden.

Nach Abgabe des Gepäcks im Hotel ging es zur nahegelegenen Metrostation der Linie A „Cornelia“ in Richtung des Zentrums der ewigen Stadt. Hier konnten die Reisenden schon erste Eindrücke sammeln, bevor sie sich um 14:00 Uhr zu einem **Stadtrundgang** an der **Basilika Santa Maria Maggiore** einfanden.

Dieser dreistündige Stadtrundgang führte die Teilnehmer zunächst in die Nähe des **Kolosseums** sowie der archäologischen Ausgrabungen im **Forum Romanum**. Alle Mitreisenden lauschten aufmerksam den interessanten Erläuterungen der FremdenführerInnen, wobei auch ausreichend Gelegenheit zu vertiefenden Fragen und natürlich auch zum Fotografieren blieb. Danach führte der Weg vorbei an dem an der **Piazza Venezia** belegenen monumentalen **Denkmal des ersten italienischen Königs**

Vittorio Emanuele II.

Durch die belebten Gassen der Altstadt Roms gelangten die Gruppen zu ihrem vorletzten Ziel, der Piazza di Trevi mit dem berühmten **Trevi-Brunnen**. Hier konnte man eine kleine Pause zum Eis-Schlecken einlegen. Einige nutzten auch die Gelegenheit, um einer alten Tradition folgend noch schnell eine Münze in den Trevi-Brunnen zu werfen, um sicher zu sein, dass man irgendwann einmal wieder nach Rom zurückkehren werde. Zum Ende des Rundgangs konnte die Gruppe noch den aus der Antike stammenden eindrucksvollen **Kuppelbau des Pantheons** bewundern.

Den Abend genoss man in kleineren Gruppen bei einer leckeren Pizza oder Pasta-Gerichten in typischen italienischen Lokalen.

Die verbleibenden Tage nutzten die Teilnehmer je nach Interessenlage für weitere Erkundungen. **Liebhaber des antiken Roms** kamen bei einem **Besuch des Kolosseums**, der archäologischen **Ausgrabungen im Forum Romanum**, der einstigen Pferderennbahn des **Circus Maximus** und dem **Palatin-Hügel** auf ihre Kosten, wobei das Wetter bei der zweiten Reisegruppe schon sommerliche Temperaturen aufwies.

Auch das **christliche Rom mit dem Petersdom**, dem größten Kirchenbau der Christenheit mit seiner imposanten Kuppel und den angeschlossenen **Vatikanischen Museen mit der Sixtinischen Kapelle** und die **anderen monumentalen Sakralbauten** zogen zahlreiche Besucher in ihren Bann.

Aber auch daneben gab es in Rom noch viel zu entdecken.

Nach vier Tagen galt es dann schweren Herzens von Rom Abschied zu nehmen. Mit einem abendlichen Flug ging es wieder zurück in die Mainmetropole. Einhellig war man der Auffassung: Rom war wirklich eine Reise wert!

Wochenendaufenthalt in Assmannshausen/Rheingau

Für das Wochenende vom 25.–27. April 2025 hatte die DSTG ihre Mitglieder zu einem Treffen in die Rotweingemeinde Assmannshausen, einem Stadtteil von Rüdesheim, eingeladen.

Nach individueller Anreise trafen sich die Teilnehmer nach Zimmerbezug zunächst gegen 17:00 Uhr zur **Begrüßung durch den Kollegen Hans-Peter Antweiler** zu einem gemeinsamen **Abendessen im Rheinhotel Lamm.** Gestärkt durch ein köstliches Drei-Gänge-Menü mit regionalen Spezialitäten, ging es anschließend in einem kurzen Fußweg zu einer abendlichen **Weinprobe bei unserem Kollegen Hans-Günther Altenkirch**, der in seinem früheren Neben- und heutigen Hauptberuf als Winzer vom ehemaligen Bahnhof in Assmannshausen aus auch noch im vorgerückten Alter ein Weingut betreibt.

Dabei kredenzte er den Teilnehmern in geselliger Runde eine Auswahl seiner Weiß- und Rotweine, darunter auch seine exzellenten Spätburgunderweine aus den besten Lagen des Höllenbergs, die bei Prämierungen schon zahlreiche Auszeichnungen erhalten haben. Gekonnt vermittelte er in unterhaltsamer Weise Wissenswertes über die Weinherstellung und ging dabei auch auf Fragen der Teilnehmer ein.

Am Samstagvormittag traten die Teilnehmer nach einem reichhaltigen Frühstücksbuffet um 9:30 Uhr bei frühlingshaftem Wetter von Assmannshausen aus eine mehrstündige **Loreley-Rundfahrt** mit Schiffen der Köln-Düsseldorfer an. Mit der **MS Boppard** führte die Fahrt zunächst vorbei an zahlreichen Burgen und Ruinen auf beiden Rheinseiten, der mitten im Rhein gelegenen **Pfalz** und bekannten Winzergemeinden wie Lorch, Bacharach und Kaub mit Blick auf den berühmten **Loreleyfelsen** zunächst nach **St. Goar**, wo die Gruppe die Mittagspause verbrachte.

Ein Höhepunkt war die Rückfahrt mit der **RMS Goethe**, dem einzigen noch auf dem Rhein verkehrenden Schaufelraddampfer (Baujahr 1913) mit seiner nostalgischen Inneneinrichtung.
In Bacharach bot sich die Gelegenheit, die Fahrt nochmal für eine Stunde zu unterbrechen, bevor es wieder per Schiff zurück nach Assmannshausen ging.

Das frühlingshafte Wetter nutzten zahlreiche Teilnehmer, ihren Aufenthalt in Assmannshausen noch, um den nachfolgenden Sonntag zu verlängern und weitere Ziele im Rheingau anzusteuern.

Die übereinstimmende Auffassung aller Teilnehmer:
„Eine äußerst gelungene Veranstaltung in kleiner geselliger Runde“.

Die DSTG Hessen
dankt der AG Reisen
für ihre tollen Ausflugsziele
und
die Durchführung der Reisen!

Kurz und knapp

DSTG-Abendschule 2024 – Es geht weiter…

Ein Angebot für alle Mitglieder der DSTG Hessen – Schulung per Videokonferenz - stets von 18.00 Uhr bis max. 19.30 Uhr

Prüfungen - Viel Erfolg!!!

Für die bevorstehenden Prüfungen wünschen wir euch schon jetzt viel Erfolg und gutes Gelingen. Wir drücken euch die Daumen.

Mitglied werden, und zwar jetzt

Mitglieder werben Kolleginnen und Kollegen!

Sie gehören zu den überzeugten Mitgliedern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft!
Dann überzeugen Sie doch auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von einer Mitgliedschaft in der DSTG Hessen, der großen Solidargemeinschaft und Fachgewerkschaft

Werben Sie Mitglieder
für uns, die FINANZER!

Empfehlen Sie uns – wir bedanken uns dafür bei Ihnen und überweisen Ihnen

15 Euro

auf Ihr Konto.

So einfach geht´s: Füllen Sie gemeinsam mit Ihrem „Bestandsbeschäftigten“ die Beitrittserklärung aus und geben Sie diese bei Ihrem Ortsverband ab. Die Beitrittserklärung finden sie übrigens auf unserer Homepage http://dstg-hessen.de. Ihr Ortsverband leitet die Beitrittserklärung dann für Sie weiter und Sie erhalten dann die 15 Euro auf Ihr Konto überwiesen.

Diese Aktion gilt ab dem 01.12.2016, davon ausgenommen sind die jeweils aktuellen Anwärterinnen und Anwärter.